



Bundesnachrichtendienst

Konkurrenz oder Partnerschaft

**Risiko- und Konfliktmanagement im Spannungsverhältnis
staatlicher und privater Akteure**

Vortrag des BND-Präsidenten,
Herrn Ernst Uhrlau,
im Rahmen der Konferenz „Öffentliche Sicherheit“
der Alfred Herrhausen Gesellschaft
in Berlin am 20. September 2007

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal vielen herzlichen Dank für die Einladung. Sie gibt mir Gelegenheit, über ein Thema zu sprechen, das bereits seit einigen Jahren von enormer sicherheitspolitischer Relevanz ist: der Einsatz privater Sicherheits- und Militärdienstleister in internationalen Krisen- und Konfliktregionen.

Wie aktuell die Thematik ist, zeigte sich zu Beginn dieser Woche: „*US-Sicherheitsfirma verliert nach Schießerei ihre Lizenz*“ und „*Ärger mit Washington wegen US-Söldnertruppe*“, so die Schlagzeilen in den Zeitungen.

Was war passiert? Angestellte der US-Sicherheitsfirma Blackwater sollen am vergangenen Sonntag im Auftrag des US-Außenministeriums in einem Konvoi durch Bagdad gefahren sein. Als es in der Nähe ihrer Fahrzeuge zu einer Explosion gekommen sei, hätten zu schießen begonnen. Dabei sollen acht Iraker getötet und 13 verletzt worden sein. Das irakische Innenministerium reagierte auf den Vorfall mit dem Entzug der Lizenz für das US-Sicherheitsunternehmen – zumindest bis zur Klärung des Vorfalls. Gleichzeitig wurde angekündigt, die Blackwater-Angestellten müssten sich vor der irakischen Justiz verantworten. US-Außenministerin Rice hat in der Sache bereits mit dem irakischen Ministerpräsidenten Maliki telefoniert und dabei angekündigt, der Vorfall werde sorgfältig untersucht. Soweit die Medienberichterstattung. Dass Rice sich der Sache persönlich annimmt, belegt mehr als deutlich, wie sehr die Arbeit privater Sicherheitsunternehmen mit der Sicherheitsarchitektur Washingtons verwoben ist und welche Bedeutung diese mittlerweile haben.

Irak, Afghanistan, Balkan – kein großer internationaler Militäreinsatz ist heute mehr denkbar ohne die Unterstützung durch private Sicherheitsakteure – in einigen low intensity conflicts treten diese sogar an die Stelle staatlicher Akteure und werden zum entscheidenden Element des Konfliktmanagements.

Ich möchte heute darstellen, welche sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen zu dieser starken Rolle privater Akteure im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement geführt haben und welche Aufgaben und Funktionen die Privaten in heutigen Krisenszenarien einnehmen. Auf dieser Grundlage werde ich anschließend das Für und Wider solcher Einsätze diskutieren.

Meine Damen und Herren,

seit Ende der 80er Jahre, spätestens aber seit dem Ende des Kalten Krieges hat vielerorts ein anhaltender Trend zur Privatisierung von Gewalt im weitesten Sinne eingesetzt. Diese Entwicklung hat sehr unterschiedliche Erscheinungsformen und reicht von der Zunahme privater Sicherheitsdienste über die Privatisierung des Strafvollzugs und den Boom der Kidnap & Ransom Industrie bis hin zu Firmen, deren Leistungen Aufgaben des Militärs substituieren.

Die zunehmend beschleunigte Privatisierung und Kommerzialisierung militärischer Funktionen ist Ausfluss einer tiefgehenden Veränderung von Strukturen in der internationalen Politik. Sie hat Bedingungen entstehen lassen, die für die wachsenden Aktivitäten und die Bedeutung so genannter Military Service Providers konstitutiv sind.

Folgende Entwicklungen spielen dabei eine Rolle:

- Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde der Personalbestand der regulären Streitkräfte weltweit um 6 Mio. Mann reduziert.

Der Überschuss an qualifiziertem militärischem Personal, das neue Betätigungsfelder suchte, sowie das gleichzeitig entstehende Vakuum auf regionalen Sicherheitsmärkten schufen fast ideale Voraussetzungen für den schnell wachsenden Sicherheitssektor.

- Die Streitkräfte haben auf Abrüstung und Personalabbau mit outsourcing von bislang militärischen Funktionen reagiert. Wirtschaftliche Engpässe im Militärbereich beschleunigten die Privatisierung. Sie trug als paralleler Prozess neben der Globalisierung dazu bei, dass auch auf dem militärischen Sektor das neoliberale Ordnungsmodell des „schlanken Staats“ Einzug hielt. Mit der Beauftragung externer Dienstleister mit traditionell militärischen Funktionen sollten vor allem zwei Ziele erreicht werden:

1. Effizienzsteigerung der Streitkräfte durch Konzentration auf so genannte „Kernkompetenzen“ (d.h. Kampfeinsätze) und
2. Kosteneinsparungen.

USA und Großbritannien sind die Staaten, bei denen diese Entwicklung am weitesten vorangeschritten ist. In den USA passt die Privatisierung in das Konzept, die Streitkräfte auf Kampfeinsätze auszurichten, ohne sie dabei zu vergrößern.

- Darüber hinaus trugen auch Veränderungen in der Art der Kriegsführung wesentlich zu einer steigenden Nachfrage nach privaten Militär-Dienstleistungen bei: Streitkräfte setzen immer mehr auf modernes Gerät, sind aber oftmals nicht in der Lage, die komplexen technologischen Systeme selbst zu bedienen oder zu warten. Folglich sind sie auf Spezialisten aus privaten Unternehmen angewiesen.

Nicht zuletzt die unmittelbare Abhängigkeit der US-Streitkräfte von privaten Dienstleistungen zum Betrieb von rund einem Drittel ihrer Waffensysteme macht deutlich, dass auf private Militärdienstleister in internationalen Einsätzen nicht mehr verzichtet werden kann.

- Der Prozess der Globalisierung hat die Problematik der Herausbildung von „Zonen ungleicher Sicherheit“, also die Existenz von gewaltoffenen, staatsfreien Sphären noch verschärft: In Regionen mit fragiler Sicherheit bzw. völligem Staatszerfall hat die Nachfrage nach privatisierten Sicherheitsleistungen und humanitären Interventionen der Vereinten Nationen rasch zugenommen.

Für Konfliktpotenzial an der weltpolitischen Peripherie, das keine unmittelbare Bedrohung der nationalen Interessen darstellt, sank jedoch gleichzeitig die Bereitschaft der Industrienationen, militärisch zu intervenieren.

Da die Nachfrage somit fast immer größer ist als das Angebot, stellt die fortschreitende Kommerzialisierung von Sicherheitsleistungen eine folgerichtige Entwicklung da.

In der Vergangenheit haben beispielsweise die Regierungen von Papua Neu Guinea, Sierra Leone und Zaire unter dem Druck des Ansturms von Rebellen und der Gefahr, gestürzt zu werden, private Firmen mit dem Abwehrkampf oder der Sicherung des Regierungssitzes beauftragt. Dies erschien aus Sicht dieser Regime folgerichtig, denn internationale Hilfe war nicht in Sicht und eine Stärkung der eigenen Sicherheits- und Streitkräfte wurde als Gefahr für die Regierung gesehen.

- Auch die in westlichen Staaten schwindende öffentliche Unterstützung für weltweite Einsätze des eigenen Militärs förderte das rapide Wachstum des privaten Sicherheitssektors.

Die wachsende Kritik in der US-amerikanischen und britischen Öffentlichkeit fördert das Kalkül der Regierungen, durch Vergabe von Aufträgen an private Militärunternehmen den Einsatz der eigenen Streitkräfte zu reduzieren, ganz zu vermeiden oder das politische Profil abzusenken. Ziel ist ein – innenpolitisch erwünschter – Risikotransfer auf den privaten Dienstleister.

Die Verpflichtung eines privaten Dienstleisters bietet der Regierung die Möglichkeit, Einfluss auf das Geschehen in einem Konfliktgebiet zu nehmen, ohne dabei selbst direkt involviert zu sein. Dies kann – insbesondere bei politisch umstrittenen Operationen – in den Augen der Regierung durchaus eine attraktive Option sein.

Die genannten Rahmenbedingungen haben dafür gesorgt, dass sich in den letzten Jahren ein regelrechter Markt für private Sicherheits- und Militärdienstleistungen entwickelt hat - mit enormen Wachstumsraten und steigender sicherheitspolitischer Bedeutung. Sicherheitsfirmen – privatrechtlich organisiert und legal registriert – sind heute an Krisenherden weltweit mit unterschiedlichstem Auftrag tätig. Das Angebotsspektrum dieser Firmen reicht von logistischem Service und Aufklärungsdiensten über die Beratung und Ausbildung militärischer Einheiten, den bewaffneten Objekt- und Personenschutz bis hin zur Beteiligung an Kampfeinsätzen. Letzteres ist entgegen der landläufigen Meinung eher die Ausnahme als die Regel. Als Auftraggeber treten vor allem Staaten, Wirtschaftsunternehmen und Internationale Organisationen auf.

Insbesondere US-amerikanische und britische Firmen profitieren dabei von ihrer Anpassungsfähigkeit an die Realität moderner Krisen und Konflikte in einer zunehmend postnationalen Sicherheitsordnung. Schätzungen zufolge setzt die gesamte Branche derzeit über 100 Mrd. US-Dollar weltweit um. Zum Vergleich: 1990 war es noch die Hälfte (ca. 55,6 Mrd.).

Bei den Firmensitzen bzw. Herkunftsländern der privaten Sicherheits- und Militärdienstleister rangieren die USA vor Großbritannien, Südafrika, Israel, Russland, Angola und Kolumbien.

Meine Damen und Herren,

auch wenn es keine international anerkannte definitorische Begriffsbestimmung gibt und die Betätigungsfelder der Unternehmen oft fließend ineinander übergehen, kann man im wesentlichen drei Kategorien privater Militärdienstleister unterscheiden:

- 1 so genannte Nonlethal Service Providers (NSPS). Sie bieten im Schwerpunkt logistische Dienstleistungen an, räumen Minen, entschärfen Sprengladungen oder erbringen andere gewaltlose militärische Leistungen in einem risikobehafteten Umfeld.
- 2 private Sicherheitsunternehmen (Private Security Companies/PSCs). Darunter versteht man Anbieter von bewaffneten Schutzdienstleistungen. Sie werden häufig im Auftrag von Unternehmen, aber auch für Regierungen und Organisationen tätig. Viele Unternehmen dieser Art verfügen beispielsweise über Verträge zum Schutz von Botschaften oder im Rahmen humanitärer Einsätze.
- 3 private Militärunternehmen (Private Military Companies/PMCs). Private Military Companies (PMC) sind Dienstleister, die sich auf Funktionen und Aufgaben in High-Risk-Bereichen spezialisiert haben. Sie bieten an: Ausbildung von Polizei- und Militärpersonal, Beratungstätigkeiten, Nachrichten- und Informationsgewinnung, Durchführung taktischer Operationen zur Unterstützung des Auftraggebers – beispielsweise Herbizid-Sprüheinsätze gegen Kokaplantagen in Kolumbien, operative Einsatzunterstützung bis hin zur direkten Beteiligung an Kampfhandlungen. Mit diesem Dienstleistungsangebot sind private Militärunternehmen in der Lage, einen signifikanten Einfluss auf die strategischen Verhältnisse im jeweiligen Einsatzgebiet auszuüben.

Das Betreiben von Gefängnissen und Lagern oder Kasernen gehört ebenfalls zu den Aufgabengebieten von Private Military Companies.

Ein Blick in den Irak macht deutlich, welche maßgebliche und vielschichtige Rolle die genannten Formen privater Sicherheits- und Militärdienstleistung mittlerweile im internationalen Konfliktmanagement und in der Krisenachsorge spielen:

Nachdem US-Präsident Bush im Mai 2003 die offiziellen Kampfhandlungen für beendet erklärt hatte, stellte sich mit der Auflösung aller nationalen Sicherheitsstrukturen im Irak sehr schnell die Frage, wie das daraus resultierende sicherheitliche Vakuum zu schließen sei. Ohne Sicherheitsgewährleistung für das zivile Personal würde der Wiederaufbau des Irak nicht möglich sein. Die Streitkräfte kamen hierfür nicht in Frage, deren Kapazitäten waren und sind bereits durch ihren eigenen Auftrag weithin ausgelastet. Folglich musste nach Alternativen gesucht werden. Das zeigt, dass in modernen Konfliktszenarien neben der Kriegführung offenkundig auch die Gestaltung der Nachkriegsordnung zunehmend privatisiert wird.

Seither ist im Irak ein Einsatz privater Sicherheitsdienstleister in bis dato ungeahnter Größenordnung zu beobachten. Der Umfang der Wiederaufbaumission und die anhaltende massive Bedrohung für ziviles Personal haben zu einem regelrechten Boom privater Sicherheits- und Militärunternehmen geführt. Die mehrheitlich US-amerikanischen und britischen Firmen der Branche sind zumeist im Auftrag oder durch Lizenzierung der US-Administration tätig.

Sie leisten dabei nicht nur Schutzfunktionen zur Absicherung des zivilen Wiederaufbaus, sondern decken die gesamte Bandbreite des militärischen Dienstleistungsspektrums ab: von der logistischen/führungs-technischen Unterstützung bis hin zu militärischer Beratung, Ausbildung von Polizei und Armee, Ausrüstung und darüber hinaus. Gleichzeitig wird anhand des Irak deutlich, dass die westlichen Staaten zwar eine Fülle von Sicherheitsfunktionen an die Privaten delegieren, aber ihr Monopol auf den engeren Kreis der Kriegsführung nicht preisgeben.

Ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet – wie eingangs erwähnt – erst kürzlich das Unternehmen Blackwater. Blackwater ist eine von drei privaten Sicherheitsfirmen, die im Auftrag des US-Außenministeriums dessen Personal im Irak schützen. Das Unternehmen hat etwa 1.000 Angestellte im Irak und führt Aufträge der US-Regierung im Wert von mindestens 800 Millionen Dollar aus. Ein Wegfall dieses Dienstleisters würde folglich die US-Administration nachhaltig treffen.

Nach einem Zwischenfall hat am Montag das irakische Innenministerium dem Sicherheitsunternehmen zunächst die Lizenz entzogen und angekündigt, dessen Mitarbeiter vor Gericht zu stellen. Bislange wurde im Irak allerdings noch keine private Sicherheitsfirma je für einen Übergriff zur Rechenschaft gezogen. Sollte es tatsächlich dazu kommen, so hätte dies nachhaltige Signalwirkung auf die gesamte Branche und würde den US-Ansatz, der Private zwingend mit einkalkuliert, empfindlich treffen.

Die Rechtsstellung der privaten Dienstleister liegt in einer Grauzone:

Sie unterliegen nicht der US-Militärjustiz, nach US-Lesart aber auch nicht der irakischen Justiz. Die Übergangsverwaltung der Koalition im Irak (CPA) hatte seinerzeit den Privaten quasi eine Art rechtlichen Blankoscheck ausgestellt und ihnen Immunität vor den irakischen Justizbehörden zugesichert.

Die exakte Zahl der im Irak tätigen privaten Sicherheits- und Militärunternehmen ist unbekannt. Ein im Juli in der Los Angeles Times erschienener Artikel spricht von 21 Firmen, die allein im US-Auftrag im Irak tätig sein sollen. Nach aktuellen Schätzungen beläuft sich die Zahl der im privaten Sicherheitssektor im Irak tätigen Personen auf rund 10.000-20.000 Mann. Damit gelten private Militärunternehmen im Irak als zweitgrößter Truppensteller nach den USA.

Aufgrund ihrer vielschichtigen Funktionen werden die privaten Militärdienstleister von den Koalitionstruppen und den nationalen Sicherheitskräften grundsätzlich als wichtiger Bestandteil der Sicherheitsstruktur im Irak wahrgenommen. Das Image der Mitarbeiter ist dabei so vielschichtig wie die Firmen selbst. Zudem kann nicht verschwiegen werden, dass es anscheinend nicht selten zu Kollisionen zwischen privaten und staatlichen Sicherheitsakteuren kommt - zum Beispiel weil einschlägige Informationen nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig weitergegeben wurden.

Meine Damen und Herren,

mit dem weitreichenden Dienstleistungsspektrum privater Sicherheits- und Militärunternehmen sind aus staatlicher Sicht sowohl Chancen als auch Risiken verbunden, die ich anhand von Schlüsselargumenten herausarbeiten möchte:

In den Diskussionen werden sowohl konzeptionelle wie operative Punkte ins Feld geführt. Lassen Sie mich mit den operativen beginnen:

- 1 Ein Einsatz privater Sicherheits- und Militärdienstleister bringt keine Lösung des Konflikts, sondern allenfalls eine kurzfristige „Ruhigstellung“.

Da private Militärfirmen sich fast nur auf zeitlich begrenzte Einsätze ohne großen Personalbestand und teure technische Einsatzmittel konzentrieren, ist ihre militärische Durchhaltefähigkeit naturgemäß begrenzt. Für langfristige Missionen sind sie daher nicht geeignet. Zudem bekämpft ihr Einsatz lediglich die Symptome, nicht aber die echten Ursachen des Konflikts.

- 2 Der Einsatz privater Sicherheits- und Militärdienstleister birgt die Gefahr der Konflikteskalation/-überzeichnung aus Unternehmensinteresse.

Da die Konflikte, zu deren Bewältigung private Militärunternehmen eingesetzt werden, gleichzeitig ihre unmittelbare Einkommensquelle sind, kann ein gewisses wirtschaftliches Interesse an der Fortsetzung der Krise nicht ausgeschlossen werden.

- 3 Gestatten Sie mir drittens ein spezielles Argument aus der Sicht eines Nachrichtendienstlers: Für eine effiziente Auftragserfüllung benötigen die Privaten profunde Kenntnis der Sicherheitslage, bis hinunter zur operativ-taktischen Ebene. Entsprechende Informationen können aber im wesentlichen nur nachrichtendienstlich beschafft und bereitgestellt werden. Somit steht der Staat, der die Privaten für ihren Einsatz verpflichtet hat, vor einem Dilemma: Gibt er die Informationen an sie weiter, riskiert er den unkontrollierten Abfluss – mit den bekannten Folgen: Gefährdung der Quellen und Zugänge. Gibt er sie nicht weiter, torpediert er im Zweifel den Zweck dieses Einsatzes, indem er seine eigenen Gehilfen darin hindert, sich lagegerecht zu verhalten.

Neben diesen kritischen Überlegungen existieren jedoch diverse Argumente, die durchaus für einen Einsatz der Privaten sprechen könnten:

- 1 Gemessen an anderen möglichen Konflikt-„Lösungen“ in peripheren Krisengebieten kann durchaus der Standpunkt vertreten werden, dass der Einsatz privater Militärunternehmen dem völligen Zerfall von Ordnungsstrukturen vorzuziehen ist. Solche Einsätze sind – wie die Aktivitäten von Militärdienstleistern in Afrika dokumentieren – eher das Ergebnis tiefgreifender regionaler Sicherheitsprobleme als deren Ursache. Eine kurzfristige Stabilisierung fragiler Staatlichkeit ist Grundvoraussetzung für ein strukturelles, umfassendes Wiederaufbaukonzept. Insbesondere in Ländern, die nicht im politischen Fokus der großen Mächte stehen, können private Militärunternehmen zu solchen Stabilisierungsmaßnahmen einen Beitrag leisten.

Für den betroffenen Staat sind die Privaten nicht zuletzt auch deshalb attraktiv, weil nur für den Service gezahlt werden muss, den die Regierung angefordert und erhält. Ein stehendes Heer dagegen kostet immer knappe Ressourcen.

2 Der Anspruch privater Militärdienstleister liegt nicht in der Bekämpfung struktureller, sozialer oder politischer Konflikte, sondern in der temporären Verwendung in militärischen, logistischen und führungstechnischen Schlüsselbereichen.

3 Private Militärunternehmen können im Vergleich zu staatlichen Interventionskräften bei der militärischen Konfliktlösung über den Vorteil größerer Effizienz und Effektivität verfügen.

Dies gilt weniger bei Auseinandersetzungen zwischen hochgerüsteten Regionalstaaten, die heute aber ohnehin nicht mehr die sicherheitspolitische Agenda dominieren, als vielmehr bei Konflikten zwischen regulären Streitkräften und Rebellenbewegungen.

Hierbei kann eine kleine Anzahl spezialisierter Einheiten als „force multiplier“ die Machtbalance entscheidend verändern.

Beispiele hierfür sind die militärisch erfolgreichen Einsätze des britischen Unternehmens Executives Outcome 1993/94 in Angola sowie 1995 in Sierra Leone.

4 Die erwähnte Gefahr der Überzeichnung von Sicherheitsrisiken und die Schaffung von „Nachfrage-Nischen“ birgt für die Unternehmen selbst erhebliche Risiken. Das klare unternehmerische Interesse der Firma spricht eher für die effektive Umsetzung klar definierter, zeitlich begrenzter Aufträge.

5 Gewinnorientierung und Orientierung an ethischen Maßstäben müssen sich schon deshalb nicht zwangsweise ausschließen, weil das unternehmerische Interesse der meisten privaten Militärunternehmer darauf ausgerichtet sein dürfte, durch Beachtung von Menschenrechtsstandards und Regeln der Kriegsführung breite Akzeptanz auf der Nachfrageseite und in der Öffentlichkeit zu gewinnen.

Die Frage der Verifizierbarkeit selbst gesetzter Standards von privaten Militärunternehmen in komplexen Konfliktkonstellationen lässt sich allerdings kaum zuverlässig beantworten.

Meine Damen und Herren,

entscheidender noch als diese operativ-funktionalen Argumente für und wider den Einsatz privater Militärunternehmen sind jedoch politisch-konzeptionelle Überlegungen. Hierzu werden wir im Anschluss noch einen Beitrag von Herrn Professor Schuppert hören. Lassen Sie mich aber nichtsdestotrotz diesen Punkt kurz anreißen.

Ein wesentliches Argument gegen den Einsatz privater Sicherheits- und Militärunternehmen im internationalen Konfliktmanagement liegt in der drohenden Aushöhlung der demokratischen Kontrolle über die Außen- und Sicherheitspolitik eines Staates.

Diese besteht immer dann, wenn mit Hilfe privater Militärunternehmen Auflagen der Legislative umgangen werden – etwa bei der Begrenzung von Truppenstärken in bestimmten Regionen, bei der Militärhilfe oder in der Drogenbekämpfung.

Auch die öffentliche Kontrolle kann unterlaufen werden: Mitarbeiter von privaten Sicherheits- und Militärdienstleistern tauchen in keiner Verwundeten- und Gefallenenstatistik auf.

Der Einsatz von privaten Militärunternehmen bietet folglich die Chance, offizielle Verlustzahlen zu beschönigen und damit den öffentlichen Druck zu reduzieren. Der Irak-Einsatz scheint die These zu bestätigen: Laut einem Bericht des Pentagon sind zwischen Mai 2003 und Oktober 2004 166 Angehörige privater Sicherheitsunternehmen ums Leben kommen, über 1.000 wurden verletzt – öffentliche Reaktionen hat es gleichwohl nie gegeben, abgesehen von so öffentlichkeitswirksamen Fällen wie Falludscha, wo 2004 vier Mitarbeiter der Firma *Blackwater* getötet und deren Leichen geschändet wurden.

Je geringer die politischen Kosten und die Opferzahlen gehalten werden können, desto eher kann ein Einsatz militärischer Mittel innenpolitisch durchgesetzt werden.

Ein weiteres wichtiges Argument gegen den Einsatz privater Sicherheits- und Militärunternehmen ist mangelnde Transparenz und das Fehlen von rechtlichen und politischen Kontrollmechanismen. Staatliche Auftraggeber verfügen kaum über Sanktionsmöglichkeiten gegenüber privaten Dienstleistern, die ihre Vertragsverpflichtungen verletzen, außer Kontrolle geraten oder desertieren.

Rechenschaftspflichtig sind private Firmen in der Regel nur gegenüber ihren Aktionären oder Besitzern, nicht aber einem Parlament oder der öffentlichen bzw. veröffentlichten Meinung.

Nicht zuletzt die Foltervorwürfe gegen CACI im Irak haben gezeigt, wie sensibel der Umgang mit Sicherheitsaufgaben geschehen muss (Abu Ghraib 2004).

Im Wesentlichen läuft es auf die Grundsatzfrage hinaus, wie man's denn halten will mit der Privatisierung von staatlichen Funktionen im Sicherheitsbereich. In den USA ist es verbreitete Auffassung, dass eine Funktion, die von Privaten ausgeführt werden kann, auch privatisiert werden darf.

In Deutschland ist die Position eine andere und ich denke, wir tun gut daran, in dieser Hinsicht zurückhaltend zu agieren. Zu schwerwiegend scheint die Gefahr, durch die zunehmende Privatisierung staatlicher Aufgaben im Bereich Sicherheit eine Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols zu betreiben.

Die Frage ist doch: Wollen wir uns - zulasten des staatlichen Gewaltmonopols - Optionen schaffen, jenseits des parlamentarischen Genehmigungsvorbehalts private quasi-Streitkräfte in einen internationalen Einsatz zu schicken, deren Verluste dann keinerlei öffentliche Reaktion provozieren, weil sie in keiner Statistik auftauchen?

Die Position der deutschen Politik zu dieser Frage ist eindeutig: Eine Entkoppelung sicherheitsrelevanter Entscheidungen von politischer Verantwortung und öffentlicher Wahrnehmung gefährdet demokratisch-rechtsstaatliche Prinzipien. Eine Privatisierung staatlicher Kernaufgaben im Militär- oder Sicherheitsbereich, die zu einer Erosion des staatlichen Gewaltmonopols führen würde, wird abgelehnt, eine Übertragung von Aufgaben an private Sicherheitsunternehmen im Rahmen von Auslandseinsätzen der Streitkräfte zurückhaltend beurteilt.

Das entspricht nicht zuletzt der Logik der „Parlamentsarmee“ – einer deutschen Besonderheit und zentralem Bestandteil unserer Rechtskultur. Bewaffnete Militäreinsätze im Ausland unterliegen dem Genehmigungsvorbehalt der gewählten Volksvertreter und werden durch sie kontrolliert.

Die konstitutive Zustimmung des Parlaments ist Voraussetzung für jeden Einsatz bewaffneter Kräfte im Ausland. Die Entsendung von Privaten würde diesen Ansatz, der zentraler Bestandteil unserer politischen Kultur ist, signifikant unterlaufen.

Einsätze, die hoheitlich-exekutivische Eingriffe mit Anordnungs- oder Zwangsbefugnissen darstellen, gelten nach deutschem Verständnis als dem Staat und seinen Streitkräften vorbehalten. Tätigkeiten, die keine derartigen Einsätze darstellen, können jedoch Privaten übertragen werden.

Meine Damen und Herren,

dem facettenreichen privaten militärischen Dienstleistungssektor kommt in modernen und zunehmend komplexen Konfliktkonstellationen eine wachsende Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund der tiefgreifend veränderten Parameter internationaler Sicherheitspolitik erscheinen die historisch nicht neuen Phänomene der Privatisierung und Kommerzialisierung militärischer Funktionen als nicht mehr aufzuhaltender Trend.

Private Militärdienstleister treten als Partner und Unterstützer an die Seite staatlicher Streitkräfte – in low-intensity Konflikten agieren sie gelegentlich sogar an deren Stelle. Ihr Beitrag im Rahmen und in Folge groß angelegter Militäroperationen sowie die wachsende Einbindung in die Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen ihrer Herkunftsstaaten zeigt, dass diese Unternehmen aus modernen Krisenmanagementeinsätzen nicht mehr wegzudenken sind.

Dabei verwischen sie die Unterscheidung von zivilem und militärischem, privatem und öffentlichen Sektor.

Der Schwerpunkt der privaten Militärunternehmen in internationalen Krisenkonstellationen liegt – anders als bei klassischen Söldneraktivitäten – nicht in der Beteiligung an aktiven Kampfhandlungen, sondern vielmehr in Bereichen der militärischen Beratung, Ausbildung, logistischen und führungstechnischen Unterstützung. Sie entfalten damit jedoch als „force multiplier“ strategische Wirkung in Konfliktkonstellationen.

Daraus ergeben sich potenzielle Risiken, denen zumindest durch Schaffung von mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht begegnet werden sollte.

Angesichts des zu erwartenden Anstiegs der Nachfrage nach Leistungen privater Sicherheitsfirmen wird einer sorgfältigen Auswahl von solchen Unternehmen eine erhebliche Bedeutung zukommen. Dies gilt für den Staat, der sich bei der Auslagerung bzw. Privatisierung hoheitlicher Aufgaben der Unterstützung durch solche Unternehmen bedient und sich deren Handeln zurechnen lassen muss, aber auch für alle anderen Auftraggeber militärischer Dienstleistungen.

Es besteht weitgehender Konsens darüber, dass die Etablierung eines nationalen und internationalen Regulierungsmechanismus notwendig ist, der mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht schaffen und völkerrechtswidrige, menschenrechtsverletzende Einsätze verhindern soll. Bis zur Etablierung eines internationalen Regimes ist es aber noch ein langer Weg.

Kurz und mittelfristig gilt es daher, auf bereits bestehenden Regulierungs- und Überwachungsansätzen aufzubauen, Initiativen voranzutreiben und politisch zu unterstützen.

Vielen Dank!